

**Antrag auf Gewährung öffentlicher
Finanzierungshilfen zur Förderung
kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)
- Investitionsvorhaben -**

Stadt Wilhelmshaven
Fachbereich Wirtschaft und
Regionalmanagement
z. Hd. Frau Becker / Frau Dittrich
Rathausplatz 10 (RATRiUM)
26382 Wilhelmshaven

Nur von der Stadt Wilhelmshaven auszufüllen:
Eingang des Antrags am:
Az.: KMU /
 Antragseingang vor Beginn des Vorhabens
 Mindestangaben (Ziff. 6.2 der Richtlinie) sind enthal-
ten / Vorhaben darf ab dem im Antrag angegebenen
Datum förderunschädlich auf eigenes Risiko begon-
nen werden
 Liste zu vervollständigender Unterlagen/Angaben
ausgehändigt bzw. in Antragskopie farbig markiert

**KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven, Richtlinie 2015 – 2020
Antrag für Investitionsvorhaben nach Ziffer 2.1 der Richtlinie**

2.1

- Neuantrag**
 Änderungsantrag zum Aktenzeichen: **KMU** _____ Antrag vom _____

I. Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller

A. Allgemeine Informationen zur Antragstellerin / zum Antragsteller

Name des Unternehmens		Ort des Registereintrags	HRB Nummer
Name, Vorname Geschäftsführerin / Geschäftsführer			
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort	
Telefon	Mobiltelefon	E-Mail	
<input type="checkbox"/>	Selbstständigkeit von	bis	<i>(Bitte in der Beschreibung und Begründung erläutern.)</i>
<input type="checkbox"/>	Existenzgründung		
<input type="checkbox"/>	Eine Vollmacht ist beigefügt, da ein abweichender Ansprechpartner beauftragt wurde.		

B. Rechtsform und gesellschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	zuständiges Finanzamt
Gründungsdatum (Tag - Monat - Jahr)	Steuernummer
Hauptsitz des Unternehmens, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort	
Gesellschafter (ggf. gesonderte Auflistung beifügen)	

F. Vorsteuerabzug

Ist Ihr Unternehmen zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) berechtigt?

- ja ⇒ Bei den Angaben im Investitionsplan (II.H) und im Finanzierungsplan (II.M) dieses Antrages sind Nettobeträge anzusetzen.
- nein

G. Unternehmen in Schwierigkeiten

Da die KMU-Richtlinie auf der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der EU beruht, sind „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne der AGVO von einer Förderung ausgeschlossen.

Ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ist ein Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:

- Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden), ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gekennzeichneten Stammkapitals entspricht. (...) Der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.
 ja nein
- Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften ist, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.
 ja nein
- Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
 ja nein
- Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen, beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
 ja nein

H. Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze (im Fördergebiet)

(Auf Wunsch wird Ihnen eine Berechnungshilfe als Excel-Datei zur Verfügung gestellt!)

a) Zahl der **vorhandenen** Dauerarbeitsplätze **bei Antragstellung und Vorhabenbeginn**

	Vollzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente	Teilzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente
Dauerarbeitsplätze				
Ausbildungsplätze				
Summe:				
Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)				<input style="width: 100px; height: 20px;" type="text"/>

b) Durchschnitt der **vorhandenen** Dauerarbeitsplätze **in den letzten 12 Monaten vor Antragstellung**

	Vollzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente	Teilzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente
Dauerarbeitsplätze				
Ausbildungsplätze				
Summe:				

Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)

Platz für Erläuterungen:

II. Angaben zum Investitionsvorhaben**A. Investitionsort**

_____	_____
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort

BA-Betriebsnummer der zu fördernden Betriebsstätte	
Art der Betriebsstätte:	
<input type="checkbox"/> Hauptniederlassung <input type="checkbox"/> Zweigniederlassung <input type="checkbox"/> unselbständige Zweigstelle <input type="checkbox"/> Reisegewerbe	

B. Art des Vorhabens**Investitionsvorhaben nach Ziff. 2.1 der Richtlinie**

Es handelt sich um folgende arbeitsplatzschaffende und/oder arbeitsplatzsichernde Maßnahme:

<input type="checkbox"/> Errichtung einer Betriebsstätte	<input type="checkbox"/> Erweiterung einer Betriebsstätte
<input type="checkbox"/> Erwerb von unmittelbar mit einer Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerten, sofern die Betriebsstätte geschlossen wurde oder worden wäre, falls der Erwerb nicht erfolgt wäre	<input type="checkbox"/> Verlagerung einer Betriebsstätte mit Erweiterung
	<input type="checkbox"/> Grundlegende Änderung des gesamten Produktionsverfahrens oder auch Produkterweiterung

(Zuschüsse für mehrere Vorhaben sind getrennt voneinander zu beantragen! Die Vorhaben müssen in sich geschlossen und klar voneinander abgegrenzt sein.)

C. Beschreibung und Begründung des Vorhabens

Bitte beschreiben und begründen Sie formlos, in einer **gesonderten Anlage**, die vorgesehenen Investitionen und die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte. Hierbei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens einzugehen.

Einen Vorschlag zum Inhalt und zur Gliederung finden Sie in dem Informationsblatt „Beschreibung der geplanten Investition / Maßnahme“.

Bitte beachten Sie auch die Kriterien zur Bewertung der Förderanträge, welche Bestandteile der Förderrichtlinie des KMU-Programms sind, siehe Seite 15/16 der Richtlinie. Insbesondere geht es um die Bereiche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nachhaltige, umweltbezogene Investitionen bzw. Maßnahmen, innovativer Charakter des Vorhabens und strukturpolitische Bedeutung des Vorhabens für die Stadt Wilhelmshaven.

Eine detaillierte Beschreibung und Begründung des Vorhabens ist beigefügt.

oder

Ein Business-/Geschäftsplan ist beigefügt, aus dem diese Informationen hervorgehen.

oder

Kurzbeschreibung und -begründung des Vorhabens:

(Eine **detaillierte** Beschreibung und Begründung des Vorhabens **wird nachgereicht.**)

D. Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Vorhabenbeginn:

Vorhabenende:

Tag - Monat - Jahr

Tag - Monat - Jahr

Aufteilung der Investition auf mehrere Jahre (**maximaler Durchführungszeitraum 24 Monate**):

Jahr

Euro

Jahr

Euro

Jahr

Euro

Hinweis:

Ein Beratungstermin während der Planungsphase, vor Beginn des Vorhabens, wird dringend empfohlen! Ein schriftlicher Zuwendungsantrag mit den Mindestangaben nach Ziff. 6.2 (Seite 12) der Richtlinie muss zwingend **vor dem Beginn** des Vorhabens bei der Stadt Wilhelmshaven gestellt werden! Die formale Antragstellung auf diesem Antragsformular ist bei formloser fristwahrender Antragstellung zeitnah nachzuholen! Bei Erteilung des möglichen Zuwendungsbescheides darf das Vorhaben noch nicht beendet sein! Die Einplanungsrunde der Förderkommission findet in der Regel einmal monatlich statt.

E. Anzahl der zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Vorhabenende (im Fördergebiet)(Nur bei arbeitsplatzschaffenden Vorhaben ausfüllen!)

	Vollzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente	Teilzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente
Dauerarbeitsplätze				
Ausbildungsplätze				
Summe:				

Gesamtsumme zusätzliche Arbeitsplätze (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)

Davon HochschulabsolventInnen

Gesamtsumme der Vollzeitarbeitsplatzäquivalente, die nach Ende des Vorhabens vorhanden und besetzt sein sollen.

F. Anzahl der gesicherten Dauerarbeitsplätze (bei Antragstellung im Fördergebiet vorhanden) nach Vorhabenende (Nur bei arbeitsplatzsichernden Vorhaben ausfüllen!)

	Vollzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente	Teilzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente
Dauerarbeitsplätze				
Ausbildungsplätze				
Summe:				

Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)

Platz für Erläuterungen:

G. Anzahl bereits geförderter Dauerarbeitsplätze

Wurden Ihrem Unternehmen in der Vergangenheit bereits Fördergelder aus einem KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven gewährt?

nein

ja ⇒ Machen Sie bitte folgende Angaben:

Aktenzeichen, Datum Förderbescheid, ggf. Erläuterungen:

H. Investitionsplan

Die Summe der Gesamtinvestitionen muss der Summe der Gesamtfinanzierung (II.M) entsprechen.

Die Beträge sind auf **volle 100 Euro** zu runden.

Investitionsvorhaben nach Ziff. 2.1 der Richtlinie

Kostengruppe	Investitionen	Euro
1	Gründerwerbskosten	
2	Bauliche Investitionen	
3	Maschinen und Anlagen	
4	Betriebs- und Geschäftsausstattung	
5	Immaterielle Wirtschaftsgüter	
6	Gebäude	
7	Warenlager (nicht förderfähig)	
8	Werk- und Verbrauchsstoffe (nicht förderfähig)	
Summe der Gesamtinvestitionen		

Jedes Wirtschaftsgut ist einer der oben genannten Kostengruppen zuzuordnen. Eine entsprechend detailierte **Investitionsgüterliste**

ist als Anlage beigelegt. wird nachgereicht.

J. Beantragter KMU-Zuschuss

Ich/wir beantrage(n) die Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln der Stadt Wilhelmshaven für ein Investitionsvorhaben nach 2.1 der KMU-Förderrichtlinie der Stadt Wilhelmshaven, Förderperiode 2015-2020, in Höhe von maximal			

in Euro			
Platz für Berechnungen:			
a)	<input type="checkbox"/>	Kleinstunternehmen/Existenzgründer => max. 25 %	=> _____ €
	<input type="checkbox"/>	kleines Unternehmen => max. 20 %	
	<input type="checkbox"/>	mittleres Unternehmen => max. 15 %	
	<input type="checkbox"/>	sonstiges Unternehmen => max. 10 %	
der förderfähigen Investitionssumme i. H. v. _____ €			
<u>ODER</u>			
b)	<input type="checkbox"/>	_____ zusätzliche Arbeitsplätze á 5.000 €	=> _____ €
	<input type="checkbox"/>	_____ gesicherte Arbeitsplätze á 2.500 €	
<u>ODER</u>			
c)		Maximalbetrag	=> 50.000 €
Ergebnis:		Der niedrigste Betrag aus a), b) oder c) ergibt den maximalen Förderbetrag!	=> _____ €

Platz für Erläuterungen zur Vorfinanzierung des möglichen Zuschussbetrages und andere relevante Informationen: (z. B.: Kredit mit folgenden Möglichkeiten der vorzeitigen Ablösung/Teilablösung zwecks Vorfinanzierung des möglichen Zuschussbetrages, Kredit für laufende Ausgaben, Mietkauf mit/ohne/Höhe der Aktivierung im eigenen Anlagevermögen u. a.)

III. Allgemeine Erklärungen

- Ich/wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das Vorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Mir/uns ist bekannt, dass als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben grundsätzlich der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstungen oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, zu werten ist. Der früheste dieser Zeitpunkte ist maßgebend.

Mir/uns ist bekannt, dass der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten, wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien, nicht als Beginn der Arbeiten gelten.

Mir/uns ist bekannt, dass bei der Übernahme einer Betriebsstätte der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte maßgebend ist.

- Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag und den beizufügenden Anlagen anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, wonach Abweichungen von den vorstehenden Angaben unverzüglich der Stadt Wilhelmshaven mitzuteilen sind.

- Mir/uns ist bekannt, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen. Eine Bewilligung muss solange unterbleiben, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde.

Ich/wir werde(n) jede zukünftige Abweichung der Angaben unverzüglich der Stadt Wilhelmshaven mitteilen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen der Stadt Wilhelmshaven, anderer staatlicher Stellen oder der Europäischen Kommission.

- Mir/uns ist bekannt, dass die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014, Abl. L. 187/1 (AGVO) zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013, Abl. L. 352/1 vom 24.12.2013 (De-minimis-VO) über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen Anwendung findet.

- Ich/wir habe(n) das Informationsblatt „Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular“ gelesen und zur Kenntnis genommen.

IV. Datenschutzerklärung

Die Stadt Wilhelmshaven ist zu Verschwiegenheit und zur Einhaltung der Datenschutzbestimmungen gemäß Datenschutzerklärung für Informationspflichten gemäß Art. 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) verpflichtet.

- Die **Datenschutzerklärung für Informationspflichten** gemäß Art. 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) (KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven) habe ich zur Kenntnis genommen, das Widerrufsrecht und daraus resultierende Konsequenzen sind mir bekannt.
- Ich erteile mein Einverständnis zur Verwendung meiner Daten wie in der **Datenschutzerklärung für Informationspflichten** beschrieben.

V. Tariftreueerklärung (gem. Ziff. 4.11 der Richtlinie)

- Ich / Wir verpflichte/n mich/uns, an das beschäftigte Personal mindestens den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen.

VI. Folgende Unterlagen sind diesem Antrag als Anlage beigefügt:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Beschreibung und Begründung des Vorhabens | <input type="checkbox"/> Baugenehmigung |
| <input type="checkbox"/> Vollmacht | <input type="checkbox"/> Übersichtsplan mit farbiger Kennzeichnung der Baumaßnahme |
| <input type="checkbox"/> Detaillierter Geschäftsplan / Businessplan (bei Existenzgründer/innen) | |
| <input type="checkbox"/> Investitionsgüterliste | <u>Bei Investor-Nutzer-Verhältnis:</u> |
| <input type="checkbox"/> Finanzierungsbestätigung | <input type="checkbox"/> separate Investitionspläne InvestorIn / NutzerIn |
| <input type="checkbox"/> Darlehensvertrag / -verträge | <input type="checkbox"/> separate Finanzierungspläne InvestorIn / NutzerIn |
| <input type="checkbox"/> Subventionswertbescheinigung | <input type="checkbox"/> Erklärung „Zusatzvereinbarung zum Nutzungsvertrag“ |
| <input type="checkbox"/> Gewerbeanmeldung | <input type="checkbox"/> verbindliches Angebot der Investorin / des Investors auf Abschluss eines Nutzungsvertrages, bzw. Zusatzvereinbarung zum Nutzungsvertrag oder abgeschlossener Nutzungsvertrages, bzw. abgeschlossene Zusatzvereinbarung zum Nutzungsvertrag |
| <input type="checkbox"/> Handelsregisterauszug | |
| <input type="checkbox"/> Organigramm | <input type="checkbox"/> Sonstige zusätzliche Unterlagen: |
| <input type="checkbox"/> Aufstellung der Gesellschafter | |
| <input type="checkbox"/> Selbsterklärung KMU-Definition (nur wenn bei 1.5 die Frage mit „Ja“ beantwortet wurde) | |
| <input type="checkbox"/> Bescheinigung des Finanzamts über die steuerliche Anerkennung der Betriebsaufspaltung | |
| <input type="checkbox"/> Miet- / Pachtvertrag oder vergleichbare Nutzungserlaubnis | |
| <input type="checkbox"/> Grundstückskaufvertrag | |

Antragsformulare, Informationsblätter, Formulierungs- und Berechnungshilfen finden Sie auf der Website der Stadt Wilhelmshaven.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel (Antragsteller / Antragstellerin)

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel (ggf. Besitzgesellschaft, Investor)